



EIB unterstützt neue politische Initiative der Kommission zur Förderung der Stadterneuerung



4

FEMIP: Bilanz und Zukunftsperspektiven



9

Simon Brooks: Neuer EIB-Vizepräsident



12

## Technische Unterstützung – JASPERS jetzt operationell



Die Kommission, die EIB und die EBWE haben gemeinsam eine neue Initiative für technische Unterstützung entwickelt. Sie soll die Vorbereitung von Investitionsvorhaben im Hinblick auf eine Finanzierung aus Mitteln der EU-Strukturfonds im Rahmen der neuen Finanziellen Vorausschau 2007-2013 verbessern. Die JASPERS-Initiative soll in erster Linie den zehn neuen Mitgliedstaaten (sowie Rumänien und Bulgarien) dabei helfen, die hohen Zuschussmittel der EU (über 300 Mrd EUR) schneller und wirksamer einzusetzen. ⇒



Technische Unterstützung - JASPERS jetzt operationell	1
Die EIB unterstützt die neue politische Initiative der Kommission zur Förderung der Stadterneuerung	4
EIB nimmt die Umweltschutzprinzipien der EU an	6
Spanien: Richtungsweisende Operation im Bereich der erneuerbaren Energien	8
Sechste Sitzung des Ministerausschusses in Tunis Die FEMIP: Bilanz und Zukunftsperspektiven	9
Das FEMIP-Praktikantenprogramm: Aufbau von Kompetenzen in den Mittelmeer-Partnerländern	11
Simon Brooks wird neues Mitglied des Direktoriums der EIB	12
Ernennung im Senior Management der EIB	12
EIB gewährt 400 Mio EUR für den Ausbau des Internationalen Flughafens Wien	13
Der EIF und der Mikrofinanzsektor	15
Vorhaben in Spanien zur Erhaltung des kulturellen Erbes gewinnt Hauptpreis	17
Erster Corporate Responsibility-Bericht der EIB	19
EPOS: <i>e pluribus unum</i>	20
EIB-Forum 2006: Südosteuropa – eine Region im Aufbruch	21
FEMIP-Konferenz	23
Zusammenarbeit zwischen der EIB und der IUCN	23
Neue Veröffentlichungen der EIB	24

Im Zeitraum 2007-2013 wird die EU aus ihren Fonds über 308 Mrd EUR für die Unterstützung von Projekten zur Verfügung stellen, insbesondere in weniger entwickelten Regionen. Damit sollen das Wirtschaftswachstum beschleunigt sowie die Wettbewerbsfähigkeit und das Beschäftigungsniveau in diesen Regionen erhöht werden. Über die Hälfte dieser Mittel sind für Vorhaben in den neuen Mitgliedstaaten sowie in Rumänien und Bulgarien, die am 1. Januar 2007 der EU beitreten sollen, bestimmt.

Ab 2007 wird die EU die Strukturfonds um mehr als das Dreifache aufstocken, um die Infrastruktur in den neuen Mitgliedstaaten zu modernisieren und ihnen bei der Einführung der EU-Standards – insbesondere in den Bereichen Umwelt und Infrastruktur – zu helfen. Ferner werden die Mittel unter Beachtung der wirtschaftlichen Prioritäten der EU, wie z.B. die Schaffung und Weiterentwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft, eingesetzt, um die Volkswirtschaften dieser Länder wettbewerbsfähiger zu machen und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist eine Herausforderung für all diese Länder, da die meisten von ihnen Probleme haben, die derzeit von der EU bereitgestellten Mittel effizient zu nutzen.

Aus diesem Grunde haben die Europäische Kommission, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im November 2005 in Brüssel die JASPERS-Initiative (Joint Assistance to Support Projects in European Regions) gestartet. Diese Institutionen arbeiten seit langem erfolgreich bei der Finanzierung von Projekten in Mittel- und Osteuropa zusammen und haben beschlossen, ihre Erfahrungen im Rahmen von JASPERS zu bündeln und einen Beitrag zur Vorbereitung anspruchsvoller Projekte zu leisten, die in den neuen Mitgliedsländern (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) und in den beitretenden Staaten (Bulgarien und Rumänien) für eine Unterstützung aus den Mitteln der Strukturfonds bzw. des Kohäsionsfonds in Frage kommen.

JASPERS deckt die technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte und alle Aktivitäten im Vorfeld ab, die erforderlich sind, um der Europäischen Kommission einen vollständigen Vorschlag für die Mitfinanzierung eines Vorhabens aus EU-Zuschüssen vorzulegen. Im Rahmen von JASPERS sollen Beratung angeboten, die Koordination sichergestellt, Projektstrukturen entwickelt und überprüft, Schwachstellen beseitigt, Lücken geschlossen

Die EIB und die Europäische Kommission (GD REGIO) haben am 18. Juli eine Vereinbarung über ihre jeweils zu leistenden Beiträge zur JASPERS-Initiative (Joint Assistance to Support Projects in European Regions) unterzeichnet.



EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation und Information der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Daniela Sacchi-Cremmer

Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Europäische Kommission

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellennachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.



sen und Probleme identifiziert werden, die von den jeweiligen Ländern nicht voll gelöst werden, z.B. bei der Kombination von EU-Zuschüssen mit Finanzierungen im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften, bei Fragen im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen, der Umweltverträglichkeitsprüfung usw. JASPERS ist hauptsächlich auf größere Investitionsvorhaben ausgerichtet, die im Rahmen des Kohäsionsfonds mitfinanziert werden sollen und deren Kosten 25 Mio EUR bei Umweltprojekten und 50 Mio EUR bei Projekten im Verkehrsbereich bzw. anderen Sektoren überschreiten, wenngleich auch kleinere Projekte unterstützt werden können.

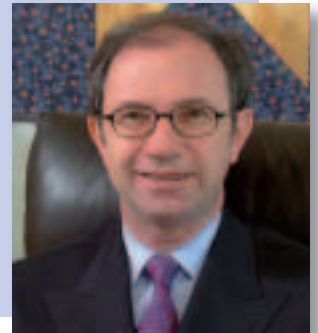
Im Mai/Juli 2006 unterzeichneten Vertreter der Kommission, der EIB und der EBWE eine Absichtserklärung über JASPERS sowie eine Vereinbarung über die jeweils zu leistenden Beiträge, in der die Ziele, die Vorgehensweise und die finanziellen Aspekte dieser Initiative festgelegt sind. Den Projektträgern entstehen durch die Inanspruchnahme von JASPERS keine Kosten.

In Zusammenarbeit mit den Behörden der Empfängerländer, den operativen Mitarbeitern der Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik) und der EBWE hat das in Luxemburg angesiedelte JASPERS-Team für das Jahr 2006 für jedes Land einen Aktionsplan aufgestellt. JASPERS wurde in den Empfängerländern sehr positiv aufgenommen. Bisher sind 112 Projekte mit Investitionskosten von insgesamt etwa 24 Mrd EUR identifiziert worden, hauptsächlich in den Bereichen Verkehr (einschließlich städtischer Nahverkehr), Umwelt (Wasser, Abwasser und Dekontaminierung) und erneuerbare Energien. Ferner ist auch Nachfrage bei großen Energieprojekten und in Bereichen wie Breitband-Telekommunikation und Fremdenverkehr festgestellt worden.

Mit der Arbeit an den ersten Vorbereitungen für Projekte wurde bereits in Bulgarien, Estland, Malta, Polen, Rumänien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern begonnen. Die übrigen der zwölf Länder werden voraussichtlich im nächsten Monat hinzukommen.

Im Laufe des Sommers hat das Kernteam von JASPERS bei der EIB in Luxemburg (derzeit 13 Vollzeitkräfte der EIB) mit den

*„Unterstützung für Projekte in weniger entwickelten Regionen ist seit ihrer Gründung im Jahr 1958 ein vorrangiges Ziel der EIB“, erklärte Patrick Walsh, der Leiter des JASPERS-Teams. „In fast fünfzig Jahren der Förderung einer ausgewogenen Entwicklung in der Union hat die EIB umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen bei der Finanzierung von Projekten in Einklang mit den Zielen der EU in Regionen gesammelt, denen Zuschüsse aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds zugute kommen. Es freut mich, dass JASPERS der Bank eine weitere Möglichkeit bietet, ihr Fachwissen in Zusammenarbeit mit Kommission und EBWE zum Nutzen der neuen Mitgliedstaaten und der beitretenden Länder zur Verfügung zu stellen.“*



Partnern von Kommission und EBWE sowie mit der Personalabteilung der EIB intensiv an der Rekrutierung der ersten von 30 externen Fachleuten (und zehn unterstützenden tätigen Mitarbeitern) gearbeitet, von denen die meisten in den drei für JASPERS geplanten Regionalbüros bzw. zentral gelegenen Außenstellen tätig sein werden und nur einige am Hauptsitz der EIB in Luxemburg. Regionalbüros für JASPERS sollen bis zum Ende des Jahres in Warschau, Wien und Bukarest eröffnet werden. Das Interesse an den externen Stellen war außerordentlich groß, und mehr als 800 Bewerbungen wurden sorgfältig geprüft.

Die Öffentlichkeit wurde durch eine neue Website [www.eib.org/jaspers](http://www.eib.org/jaspers) verstärkt auf JASPERS aufmerksam gemacht. Dort können allgemeine Informationen über die technische Hilfe im Rahmen der Initiative,

die Antragsverfahren und ihren Aufbau eingesehen werden. Die Website wird in Kürze unabhängig unter <http://jaspers.europa.eu> betrieben.

Interessierte Parteien können sich an die für die Strukturfonds bzw. den Kohäsionsfonds zuständigen Stellen in den Empfängerländern wenden, die als zentrale Koordinatoren für jedes Land fungieren. Sie können unmittelbar die Hilfe der JASPERS-Zentrale in Luxemburg in Anspruch nehmen und sich an die Regionalbüros wenden, sobald diese ihre Tätigkeit aufgenommen haben. □

*Von Dušan Ondrejička  
Hauptabteilung  
Kommunikation  
und Information*





# Die EIB unterstützt die neue politische Initiative der Kommission zur Förderung der Stadterneuerung

Von Daniela Sacchi-Cremmer  
Hauptabteilung Kommunikation und Information

*JESSICA („Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas“) ist eine neue politische Initiative der Europäischen Kommission, an der auch die Europäische Investitionsbank (EIB) maßgeblich beteiligt ist. Ihre Hauptziele bestehen darin, öffentliche Instanzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dabei zu unterstützen, maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte zur Förderung von Investitionen, die im Rahmen der Kohäsionspolitik zur nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen, möglichst effizient zu nutzen, und den Verwaltungsbehörden, die für die Umsetzung der Kohäsionspolitik in den kommenden Jahren zuständig sind, neue Alternativen aufzuzeigen.*

**G**emäß den vorgeschlagenen neuen Verfahren sind die Verwaltungsbehörden in den Mitgliedstaaten ermächtigt, einen Teil der ihnen aus den Strukturfonds überwiesenen Mittel – im wesentlichen diejenigen, die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), jedoch auch gegebenenfalls aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) stammen – in Stadtentwicklungsfonds anzulegen, um die Investitionstätigkeit in städtischen Gebieten zu beschleunigen.

Andere internationale Finanzierungsinstitutionen (IFI) sowie der europäische Bankensektor und die Privatwirtschaft dürften sich dieser Initiative ebenfalls anschließen. Die Entwicklungsbank des Europarates hat ihre Teilnahme bereits zugesagt.

JESSICA wurde aufgrund der Bitte mehrerer Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments eingerichtet, insbesondere der notwendigen Erneuerung bzw. Sanierung bestimmter städtischer Gebiete Rechnung

zu tragen. Der Erfolg des URBAN-Programms hat ebenfalls dazu beigetragen, der städtischen Dimension des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts einen höheren Stellenwert einzuräumen. Dadurch wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu bieten, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu haben, um die im Rahmen dieses Programms gemachten Erfahrungen in der gesamten EU umzusetzen.

## Die Vorbereitungsarbeiten für JESSICA

In Anbetracht dieser Umstände und aufgrund der Vereinbarung von Bristol, in der die Grundsätze einer gemeinsamen Stadtentwicklungspolitik der EU festgelegt sind, einigte man sich darauf, die notwendige Stadtsanierung und -erneuerung in ganz Europa rascher voranzutreiben sowie die erforderlichen Mittel für Vorhaben bereitzustellen, die zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen.

Die Kommission erkannte schnell, welche Rolle die IFI, die erhebliche Erfahrung auf diesem Gebiet haben, hierbei spielen können. Auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel am 24. November 2005 zum Thema „Die Finanzierung von Wachstum und Kohäsion in der erweiterten EU“ wurde der Vorschlag gemacht, die Zusammenarbeit zwischen der Kommission, der Europäischen Investitionsbank und der Entwicklungsbank des Europarates auszuweiten, und dieses Konzept fand breite Zustimmung. Im Anschluss daran wurde am 30. Mai 2006 eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die Maßnahmen dieser drei Parteien zur Unterstützung von Vorhaben im städtebaulichen Bereich zu koordinieren.

JESSICA wurde eingerichtet, um zusätzliche Mittel zu mobilisieren, die für Vorhaben in Betracht kommen, die im Rahmen einer Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor durchgeführt werden (PPP), bzw. ganz allgemein für Projekte in den Bereichen Stadterneuerung und -entwicklung in den Regionen der EU eingesetzt werden können. Die Initiative dürfte voraussichtlich in finanzieller Hinsicht und bei Managementfragen vom Fachwissen der einschlägig spezialisierten Institutionen wie etwa der EIB, der Entwicklungsbank des Europarates und von anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen profitieren und stärkere Anreize für die Endbegünstigten schaffen, Vorhaben erfolgreich umzusetzen, da Zuschüsse mit Darlehen und anderen Finanzierungsinstrumenten kombiniert werden. Die langfristige Tragfähigkeit wird dadurch gefördert, dass der EFRE (und auch der ESF in allen in Betracht kommenden Fällen) auf revolvingierender Basis Beiträge zu Fonds leistet, die auf Investitionen im Bereich Stadtentwicklung spezialisiert sind.

## Die Funktionsweise von JESSICA

Im Rahmen von JESSICA ist vorgesehen, dass die Verwaltungsbehörden Strukturfondsmittel vorübergehend in Stadtentwicklungsfonds anlegen, was in Form von revolvingierenden und veräußerbaren Finanzierungsinstrumenten – also im wesentlichen Kapitalbeteiligungen, Garantien und nachrangige Darlehen – zu erfolgen hat. Die ausgeschütteten Mittel können durch den Stadtentwicklungsfonds neuerlich angelegt oder an die Verwaltungsbehörde zurücküberwiesen werden, um andere Stadtentwicklungsvorhaben zu unterstützen, was auch durch konventionelle Zuschussmittel erfolgen kann. Die Rechts- und Verwaltungsstruktur der Stadtentwicklungsfonds kann variieren, und sie können auf Investitionen in unterschiedlichen Bereichen spezialisiert sein. Die gemeinsamen Merkmale dieser Fonds sind ein marktbasierter Ansatz, da zumindest die eingesetzten Mittel wieder zurückfließen sollten, und die Tatsache, dass sie die Gelder für Vorhaben bereitstellen müssen, die Teil genau definierter und integrierter Stadterneuerungs- und -entwicklungsprogramme sind.

Die Verwaltungsbehörden können beschließen, direkt Anlagen in Stadtentwicklungsfonds vorzunehmen oder in Anbetracht der relativ komplizierten Abwicklung von Instrumenten, die nicht in die Kategorie Zuschüsse fallen, die Mittel an Stadtentwicklungsfonds weiterzuleiten, indem sie Holdingfonds einsetzen, wobei ihnen die Option offen steht, die EIB mit dem Management des Holdingfonds zu beauftragen, wenn sie diese Lösung vorziehen. Wenn sich eine Verwaltungsbehörde für diese Alternative entscheidet, wird die Auswahl des Stadtentwicklungsfonds durch den Holdingfonds gemäß den von der Verwaltungsbehörde festgelegten Bedingungen erfolgen.

Voraussichtlich wird die JESSICA-Initiative auch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzierungsmittel durch die EIB (wobei hier selbstverständlich die Modalitäten und die operativen Verfahren der EIB zur Anwendung gelangen müssen), durch die Entwicklungsbank des Europarates und durch andere Banken erleichtern und auch umfangreichere Übernahmen von Kapi-

talbeteiligungen zur Folge haben – insbesondere für PPP-Vorhaben und andere Projekte, die von Stadtentwicklungsfonds unterstützt werden.

Vor kurzem nahm die EIB eine von der Generaldirektion Regionalpolitik in Auftrag gegebene Evaluierungsstudie in Angriff, um die Machbarkeit der JESSICA-Initiative nachzuweisen und ihre wirkungsvolle Umsetzung zu gewährleisten. Im Rahmen dieser Studie werden die derzeit am häufigsten eingesetzten Stadterneuerungs- und -entwicklungsmaßnahmen untersucht, die wichtigsten administrativen Zuständigkeitsbereiche und Verfahren aufgezeigt, die bestehenden Finanzierungsinstrumente für Investitionen im städtebaulichen Bereich ermittelt, potentielle Marktschwächen analysiert und geprüft, wie dem Financial Engineering zuzurechnende Maßnahmen und Produkte bei offensichtlichen Unzulänglichkeiten Abhilfe schaffen können. Außerdem wird geprüft, wie groß das Interesse daran ist, Stadtentwicklungsfonds für die Abwicklung solcher Maßnahmen einzusetzen.

Eine erste Phase lief im September 2006 an und wird erste Hinweise darauf geben, wie JESSICA weiterentwickelt werden soll und wie insbesondere mehrfach einsetzbare Finanzierungsinstrumente ganz konkret für die Förderung von Stadterneuerungsvorhaben genutzt werden können. Die Hintergrundinformationen werden von einer kleinen, aber repräsentativen Anzahl von Mitgliedstaaten und Regionen stammen.

JESSICA bietet neue Möglichkeiten für den Einsatz der Strukturfonds zur integrierten Entwicklung städtischer Gebiete und ermöglicht die ständige Verfügbarkeit von Mitteln für Komponenten von Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsprogrammen, die Einnahmen erwirtschaften. Ausgehend von einem marktbasierten Ansatz, der entscheidend für den Erfolg der Stadtentwicklungsfonds ist, dürften die Strukturfondsmittel, die im Rahmen von JESSICA eingesetzt werden, eine beträchtliche Hebelwirkung haben und dazu führen, dass umfangreiche Investitionen in Gebieten durchgeführt werden, in denen Bedarf an Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts besteht. Auf diese Weise kann der Umwandlungsprozess beschleunigt werden. □

Auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel am 24. November 2005 wurde der Vorschlag gemacht, die Zusammenarbeit zwischen der Kommission, der Europäischen Investitionsbank und der Entwicklungsbank des Europarates auszuweiten.





# EIB nimmt die Umweltschutzprinzipien der EU an

*Um die nachhaltige Entwicklung zu fördern und zum Umweltschutz und zur Verbesserung der Umweltqualität beizutragen, haben sich die EIB und vier weitere europäische multilaterale Finanzierungsinstitutionen (MFI) auf ein gemeinsames Konzept für das Umweltmanagement geeinigt, das sie bei der Finanzierung von Projekten anwenden werden. Dieses Konzept beruht auf den Umweltschutzprinzipien, -praktiken und -standards der Europäischen Union.*

Von Eva Maria Mayerhofer  
Umweltspezialistin  
PJ/PSD/ENVU

## Zum Hintergrund

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat 2005 einen Großteil ihres Darlehensvolumens von rund 46 Mrd EUR für Projekte vergeben, die schwerpunktmäßig den Umweltschutz betreffen. Vor diesem Hintergrund und in Einklang mit ihrer Corporate Responsibility (siehe Artikel auf S. 19) ist es für die EIB zunehmend wichtig zu gewährleisten, dass ihre Finanzierungsoperationen weltweit und in allen Bereichen ihrer Tätigkeit unter Umweltschutzaspekten nachhaltig sind. Die Frage lautet nicht länger, ob sich die EIB mit den Umweltaspekten der von ihr unterstützten Tätigkeiten beschäftigen sollte, sondern wie sie dies tun sollte, welche wesentlichen Standards sie anwenden und wie sie diese umsetzen und ihre Einhaltung gewährleisten sollte.

Der Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität gehören zu den vorrangigen Zielen im Operativen Gesamtplan, und als eine europäische Institution richtet die EIB ihre umweltrelevante Politik an der Strategie der Europäischen Union aus. In diesem Rahmen ergriff die EIB gemeinsam mit vier weiteren in Europa ansässigen Multilateralen Finanzierungsinstituten (MFI) <sup>(1)</sup> die Initiative zur Einführung der Umweltschutzprinzipien der EU (European Principles for the Environment – EPE). Damit unterstützen die beteiligten Institutionen das Umweltkonzept der EU und bestätigen öffentlich das hohe Ansehen der EU auf dem Gebiet des Umweltmanagements.

Die EPE werden von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission aus-

drücklich befürwortet. Sie sieht in dieser Initiative eine Möglichkeit, einen gemeinsamen Ansatz der EU zu unterstreichen und zu festigen sowie zu gewährleisten, dass sich die unterzeichneten Institutionen mit ihrer finanziellen Unterstützung für ein Entwicklungsmodell einsetzen, das durch ausreichende Betonung von Umweltaspekten in Einklang mit der Politik der EU steht.

## Definition der EPE

In den EPE wird zum einen anerkannt, dass die Institutionen eine Vielfalt von umweltspezifischen Anforderungen bewältigen müssen, und zum anderen, dass die EU erhebliche Fortschritte bei der Weiterentwicklung von Strategien, Praktiken und Standards erzielt hat, die den Umweltschutz und damit eine nachhaltige Entwicklung im Interesse sowohl der heutigen als auch künftiger Generationen fördern.

Die EPE umfassen die Umweltschutzprinzipien, empfohlenen Praktiken und Umweltstandards, die im EU-Recht niedergelegt sind und bei Operationen außerhalb der EU im Bedarfsfall durch internationale bewährte Praxis ergänzt werden.

Sie sind definiert als die im EG-Vertrag verankerten Leitprinzipien (insbesondere die Grundsätze der Vorsorge und Vorbeugung, der Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie das Verursacherprinzip) sowie die Praktiken und Standards, die Bestandteil des sekundären Umweltrechts der EU sind (insbesondere der gemeinschaftliche Besitzstand in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die EU-Richtlinien über

<sup>1</sup> Bei den vier anderen beteiligten Banken handelt es sich um die Entwicklungsbank des Europarates in Paris, die EBWE in London sowie die Nordische Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO) und die Nordische Investitionsbank (NIB), beide in Helsinki.

industrielle Verschmutzung, Wasserwirtschaft und Abfallmanagement, Luft- und Bodenverschmutzung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und Naturschutz).

## Effektive Umsetzung der EPE

Die EPE verbinden eine allgemeine Erklärung („Declaration“) von übergeordneten Prinzipien mit einer öffentlichen Selbstverpflichtung der Unterzeichnerbanken, gezielt einen harmonisierten und detaillierteren Ansatz sowie Standards für bestimmte Sektoren auszuarbeiten. Durch die EPE werden die bestehenden umweltrelevanten Strategien und Verfahren der Unterzeichnerbanken jedoch weder aufgehoben oder ersetzt, noch wird ihnen vorgegriffen.

Der geografische Abdeckungsbereich der EPE umfasst die Regionen, in denen die fünf beteiligten Multilateralen Finanzierungsinstitutionen jeweils tätig sind. Für die EIB – mehr noch als für die anderen Institutionen – ist die Europäische Union der wichtigste Tätigkeitsbereich. Rund 90% der 2005 vergebenen EIB-Darlehen wurden in den Mitgliedstaaten und in den Bewerberländern bereitgestellt. Die Finanzierungen betrafen sämtliche Wirtschaftsbereiche, wobei allerdings die Sektoren Energie, Kommunikationsinfrastruktur, Wasserwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen, Gesundheit und Bildung im Vordergrund standen. Innerhalb dieser Länder und Sektoren betrafen insgesamt 33% aller Einzeldarlehen den Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität. In diesen Ländern ist das Umweltkonzept der EU die logische, unbestrittene und obligatorische Referenzgrundlage.

Wenn dieses Konzept auch ausgesprochen europäisch sein mag, so besteht das Ziel darin, dass die EPE für Projekte in allen Ländern gelten, in denen die EIB und die anderen beteiligten Institutionen tätig sind. In diesem Sinne sollten die Projekte mit den horizontalen EU-Normen in Einklang stehen und die Grundsätze der nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung einhalten, wobei die nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind und gegebenenfalls einen flexibleren Ansatz rechtfertigen. Dies bedeutet, dass die EIB eine schrittweise Einführung der EU-Standards fordern wird, wenn anfänglich eine Unterschreitung dieser Standards – z.B. aus Gründen der Finanzierbarkeit oder aufgrund von Einschränkungen auf der Management- bzw. der technischen Ebene – gerechtfertigt ist. Dabei wird sie möglicherweise den Aufbau der Kapazität unterstützen, die für



die Einhaltung und Durchsetzung der in den Umweltschutzprinzipien formulierten Anforderungen benötigt wird. Die EIB verlangt jedoch, dass alle von ihr finanzierten Projekte unabhängig von ihrem Standort uneingeschränkt mit der europäischen UVP-Richtlinie und mit allen Verpflichtungen und Standards der anwendbaren multilateralen Umweltabkommen in Einklang stehen.

Die Umweltschutzprinzipien der EU sind in Umweltkreisen ausdrücklich begrüßt worden. Durch diesen gemeinsamen EU-weiten Ansatz werden die unterzeichneten MFI eine verantwortungsbewusste Haltung fördern und in Bezug auf Umweltbelange ein konsistentes und sichtbares Instrumentarium für die Interaktion mit Projektträgern, Interessen- und Anspruchsgruppen bereitstellen. Den beteiligten MFI wiederum wird dies ein besseres Management der Kredit- und Projektrisiken erlauben. Die Unterzeichner verpflichten sich zur Anwendung und Weiterentwicklung eines gemeinsamen Rahmens und einer gemeinsamen Sprache im Zusammenhang mit Umweltbelangen, wobei sich diese Verpflichtung auf Stan-

dards, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Anhörungen, Mitwirkung und Überwachung erstreckt.

Die Herausforderung liegt in der Umsetzung, und die Unterzeichnerbanken werden im Hinblick darauf angemessene interne Ressourcen, Bewusstseinsbildung und Weiterbildung gewährleisten müssen. Der Erfolg wird vor allem daran gemessen werden, ob es durch die EPE gelingt, die Umweltqualität in den Gebieten und Gemeinschaften, die Ziele der jeweiligen Finanzierungsoperationen sind, nachweislich zu verbessern. In diesem Zusammenhang wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die regelmäßig zusammenkommen wird, um ausgehend von der allgemein definierten EU-Strategie für das Umweltmanagement eine gemeinsame Grundlinie und einen Rahmen im Hinblick auf eine „Best practice“ weiterzuentwickeln und zu fördern. □



# Richtung- weisende Operation im Bereich der erneuerbaren Energien

**D**ie EIB hat vor Kurzem einen Finanzierungsvertrag über 60 Mio EUR für das erste große, kommerziell betriebene Sonnenwärmekraftwerk in Europa unterzeichnet. Dieses neue solarthermische Kraftwerk, das auf der Grundlage von konzentrierenden Kollektoren arbeitet, wird eine Nettoleistung von 50 MWe haben. Sein Standort liegt rund 60 km von der Stadt Granada entfernt in Südspanien – einem Gebiet, das eine hohe durchschnittliche Sonneneinstrahlung pro Jahr aufweist und über Grundwasser zu Kühlzwecken sowie einen leichten Zugang zum Hochspannungsnetz verfügt. Eine zweite, identische Anlage soll zu einem späteren Zeitpunkt gebaut werden.

Die Finanzierungsmittel der EIB werden der Zweckgesellschaft AndaSol-1 Central Termosolar Uno S.A. zur Verfügung gestellt, deren Eigentümer die spanische ACS/Cobra (75%) und die deutsche Solar Millennium AG (25%) sind. ACS ist der größte spanische (und drittgrößte europäische) Baukonzern und Anlagenbauer und Solar Millennium ein global tätiges, innovatives Projektentwicklungs- und Technologieunternehmen, das

sich auf große solarthermische Kraftwerke spezialisiert hat.

Es handelt sich um ein Parabolrinnen-Kraftwerk einer neuen Generation. Die Technologie wurde von Solar Millennium entwickelt und in einer Anlage in Kalifornien (USA) getestet. Dort wurden zwischen 1984 und 1990 neun Sonnenwärmekraftwerke installiert, die bis heute erfolgreich betrieben werden.

Das Projekt Andasol Solar Thermal Power, für das Forschungsmittel der EU gewährt wurden, ist das erste Sonnenwärmekraftwerk auf der Basis konzentrierender Kollektoren dieser Größenordnung in der EU. Im Rahmen des Projekts wird auch ein neuer Hochtemperatur-Wärmespeicher (Flüssigsalztanks) getestet, der die tägliche Betriebsdauer der Anlage verlängern und die Stromerzeugungskosten senken soll. Pro Tag soll im Winter 12 Stunden und im Sommer bis zu 20 Stunden lang Strom erzeugt werden.

Das Projekt ist von hohem strategischem Wert für die Bank und steht in Einklang mit

den Zielen der EU für innovative erneuerbare Energien. Der unmittelbare soziale Nutzen ergibt sich aus der Schaffung von rund 45 Dauerarbeitsplätzen sowie einem vorübergehenden Beschäftigungseffekt während der Bauzeit von etwa 1 000 Personenzahlen.

Die von der EU finanzierte Studie „Ecostar“, die innerhalb des Sechsten Forschungsrahmenprogramms durchgeführt wurde, zeigte auf, dass durch Größenvorteile und FuE über einen Zeithorizont von 15–20 Jahren mit Kostensenkungen in Höhe von 55–65% für diesen Sektor zu rechnen ist. Daher hat die Bank trotz der hohen Kosten der netzgebundenen Stromerzeugung beschlossen, zur Nutzung dieser neuen Technik und zum Einsatz in industriellem Maßstab und damit zur Senkung der Kosten künftiger Anwendungen beizutragen. □

*Von Daniela Sacchi-Cremmer  
Hauptabteilung  
Kommunikation und  
Information*



# Sechste Sitzung des Ministerausschusses in Tunis

## Die FEMIP: Bilanz und Zukunftsperspektiven

*Die sechste Sitzung des Ministerausschusses der FEMIP wurde am 26. Juni 2006 in Tunis zum zweiten Mal in Verbindung mit einer Tagung des ECOFIN-Rates Europa-Mittelmeer abgehalten. Diese Sitzung bot den Ministern der EU und der Mittelmeer-Partnerländer die Gelegenheit, die bisherigen Ergebnisse der FEMIP festzuhalten und ihre Zukunftsperspektiven zu bewerten.*

Von Joyce Liyan  
Hauptabteilung FEMIP

**W**ie die vorangegangenen Sitzungen – von Barcelona bis Rabat –, die zur Verstärkung des Dialogs zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Mittelmeer-Drittländern beigetragen haben, war auch die Sitzung in Tunis durch einen echten Meinungs austausch zu Grundsatzfragen gekennzeichnet. Sie bot den Ministern und Delegationsleitern der 35 EU-Mitgliedstaaten und Drittländer des Mittelmeerraums die Möglichkeit zur Analyse der Ergebnisse der „Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer“ (FEMIP), die sämtliche Instrumente der EIB zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Mittelmeer-Partnerländer<sup>(1)</sup> umfasst. Auf der Tagesordnung standen auch die Themen Energieversorgung und Verbesserung des Investitionsklimas in der Region.

### Anerkennung für die Bilanz ausgesprochen

Zahlreiche Teilnehmer haben es begrüßt, dass im Rahmen der FEMIP innerhalb kurzer Zeit den Erwartungen und Erfordernissen der Region hinsichtlich eines erhöhten Finanzierungsvolumens sowie einer Unterstützung des privaten Sektors entsprechen werden konnte. Sie hoben hervor, wie rasch und pragmatisch die FEMIP ihre

<sup>1</sup> Algerien, Ägypten, Gazastreifen und Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und die Türkei.



Mohamed Ghannouchi  
Ministerpräsident von Tunesien

Mittel bereitgestellt hat und wiesen darauf hin, dass diese Qualitäten sie in die Lage versetzt haben, vor Ort konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Mit mehr als 7,2 Mrd EUR, die im Rahmen der Fazilität zwischen Oktober 2002 und Dezember 2005 für 77 Projekte in den Partnerländern zur Verfügung gestellt wurden, hat sich die FEMIP in der Tat als bedeutendstes Finanzierungsinstrument zugunsten der Region etabliert. Sie hat insbesondere die Mobilisierung zusätzlicher Finanzierungsmittel in Höhe von 18,4 Mrd EUR für diese Projekte ermöglicht. Auf diese Weise hat die FEMIP durch ihren Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Partnerländern des Mittelmeerraums eine wichtige Rolle gespielt.

Des Weiteren haben die Teilnehmer mehrere Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung der Tätigkeit vorgeschlagen. Einige regten an, die Finanzierungen zu Vorzugskonditionen, die gegenwärtig auf den Umweltsektor beschränkt sind, auf Bereiche auszuweiten, in denen eine verbesserte Förderung des Humankapitals möglich ist (insbesondere auf das Bildungs- und das Gesundheitswesen), und auch den Bereich der erneuerbaren Energien mit einzubeziehen.

Andere äußerten den Wunsch, dass im Rahmen der FEMIP verstärkt Risiken übernommen werden sollten, womit durch Einrichtung der Speziellen FEMIP-Reserve bereits begonnen wurde. Zu diesem Zweck sollen Finanzierungen entwickelt werden, deren Risikoprofil das von der EIB üblicherweise



*EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive: „Im Jahr 2005 sind im Rahmen der FEMIP neue Finanzierungen im Umfang von fast 2,2 Mrd EUR für die Modernisierung der Volkswirtschaften im Mittelmeerraum und für die Entwicklung Arbeitsplätze schaffender Unternehmen bereitgestellt worden. Damit leistet die FEMIP einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Partnerschaften zwischen der EU und den Mittelmeer-Drittländern.“*



müssen. Zum anderen wurde vorgeschlagen, insbesondere unter Einschaltung der Berufsverbände und der Handelskammern Dienste zur Unternehmensförderung anzubieten.

Bezüglich der Entwicklung der Energiemärkte im Mittelmeerraum hoben die Teilnehmer hervor, dass die FEMIP weiterhin eine Schlüsselrolle in diesem Bereich und hauptsächlich bei der Förderung der erneuerbaren Energieträger spielen muss. Darüber hinaus unterstrichen sie die Notwendigkeit einer engeren Koordination zwischen den Hauptakteuren im Energiesektor – den Behörden, den Energieversorgungsunternehmen und den Finanzinstituten.

In der Abschlussitzung einigten sich die Teilnehmer darauf, die nächste Tagung des Ministerausschusses im Mai 2007 in Zypern abzuhalten. In der Zwischenzeit sind zwei Foren vorgesehen – eines zum Thema Verkehrsnetze zwischen der EU und ihren Partnerländern im Mittelmeerraum, das am 9. und 10. November 2006 in Monaco stattfinden wird, und ein weiteres zum Thema Überweisungen der in Europa tätigen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer im Mittelmeerraum. Der Beratungsausschuss der FEMIP, der den Expertenausschuss ersetzen soll, wird sich außerdem mit den Themen Fremdenverkehr, Mikrofinanzierungen, Technologietransfer sowie berufliche Aus- und Fortbildung beschäftigen. Damit steht ein recht umfangreiches Programm bevor, das verdeutlicht, wie rasch sich die FEMIP entwickelt. □

akzeptierte Profil übersteigt. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen dürfen dabei jedoch nicht unterschätzt werden. Die Problematik der Garantien sowie der Darlehen und Anleihen in Landeswährung wurde ebenfalls angesprochen.

### Meinungsaustausch zu den Zukunftsperspektiven

Angesichts dieser Bilanz haben die anwesenden Minister und Vertreter im Hinblick auf die vom Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) sowie vom Europäischen Rat am Jahresende zu fassenden Beschlüsse ihre Standpunkte zu den zukünftigen Orientierungslinien der FEMIP zum Ausdruck gebracht.

Eine große Mehrheit der Teilnehmer sprach sich für eine Fortsetzung der Bemühungen um eine Erweiterung der verfügbaren Finanzierungsinstrumente aus. So herrschte Einvernehmen im Hinblick auf eine Verstärkung der FEMIP, wobei insbesondere ein Beratungsausschuss unter dem Vorsitz der EIB gebildet werden soll, der sich aus Vertretern der 35 EU-Staaten und Mittelmeer-Drittländer sowie der Kommission zusammensetzt, ohne dass der institutionelle Rahmen geändert wird. Vor dem Hintergrund der ermutigenden Ergebnisse der EIB-Büros in Kairo, Rabat und Tunis wurde gefordert, die Zahl der Büros in Drittländern zu erhöhen.

### Annahme der von den Experten aus der EU und den Mittelmeerländern ausgesprochenen Empfehlungen

Der Ministerausschuss befasste sich auch mit den Schlussfolgerungen des im November 2005 in Luxemburg veranstalteten Workshops, in dem die Vereinheitlichung der Auftragsvergabeverfahren erörtert wurde. Die Teilnehmer empfahlen, die Bemühungen um eine Vereinfachung der Auftragsvergabeverfahren im Zuge einer

Vereinheitlichung der in der EU und in den Mittelmeer-Drittländern geltenden Bestimmungen fortzusetzen. Überdies haben sie die Maßnahmen zur Kenntnis genommen, die die Bank außerhalb der EU ergreifen wird, um Unternehmen in den jeweiligen Ländern den Zugang zu Aufträgen zu ermöglichen, die mit Mitteln aus dem Ausland finanziert werden.

Anschließend erörterten die Teilnehmer die Schlussfolgerungen des Expertenausschusses der FEMIP, der im März 2006 in Wien tagte.

Im Hinblick auf die Verbesserung des Investitionsklimas in der Region gaben die Minister und Delegationsleiter zwei grundsätzliche Empfehlungen ab. Zum einen vertraten sie die Auffassung, dass die Partnerländer des Mittelmeerraums bei der Ermittlung der vorrangigen Reformen zur Vereinfachung derjenigen Verwaltungsverfahren, die lokale Initiativen und ausländische Direktinvestitionen behindern, unterstützt werden



*Die FEMIP, die seit Oktober 2002 in den Partnerländern des Mittelmeerraums zum Einsatz gelangt, konzentriert ihre Tätigkeit vor allem auf zwei Bereiche: die Unterstützung des privaten Sektors und die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas. Darüber hinaus wird im Rahmen der FEMIP eine Politik des verstärkten Dialogs verfolgt, die ihren Niederschlag in einer jährlichen Sitzung des Ministerausschusses und in regelmäßigen Abständen stattfindenden Zusammenkünften des Expertenausschusses findet.*

Der Ministerausschuss unterstrich die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, die lokale Initiativen und ausländische Direktinvestitionen behindern.



# Das FEMIP- Praktikantenprogramm: Aufbau von Kompetenzen in den Mittelmeer-Partnerländern

*Von Daniela Sacchi-Cremmer  
Hauptabteilung Kommunikation und Information*

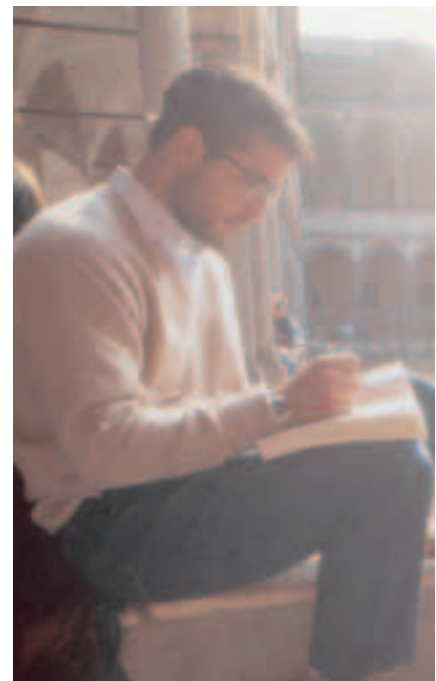
Im Juli letzten Jahres hat die EIB das FEMIP-Praktikantenprogramm für Studenten aus den Partnerländern des Mittelmeerraums (Algerien, Ägypten, Gazastreifen/Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und Türkei) eingerichtet. Die Bewerbungsfrist für die Teilnahme an dem Programm lief vom 11. Juli bis 15. September 2006. Die besten Bewerber werden derzeit von einem Ausschuss nach strengen Wettbewerbskriterien ausgewählt. Die Kandidaten konnten sich nur um eine Praktikantenstelle in einem Land bewerben, in dem sie nicht ihren ständigen Wohnsitz haben bzw. dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen.

Das Programm soll den erfolgreichen Bewerbern – talentierten jungen Leuten im Alter von höchstens 32 Jahren – die Gele-

genheit geben, ihre Fähigkeiten zu verbessern und ferner durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in den Mittelmeer-Partnerländern zur Verbesserung der dortigen Lebensqualität beitragen.

Für die Teilnahme an dem Programm kommen nur solche Bewerber in Frage, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder sich im letzten Studienjahr befinden.

Das Programm, das aus Mitteln des FEMIP-Treuhandfonds finanziert wird, richtet sich an Studenten, die sich auf Fachgebiete spezialisieren, die für die Tätigkeit internationaler Entwicklungsbanken relevant sind, wie beispielsweise Wirtschafts- und Finanzwissenschaften, Umwelt- und In-



genieurwissenschaften (Hafen-, Straßenbau, Energiewirtschaft usw.) oder Stadtplanung.

Die EIB zahlt allen Praktikanten eine monatliche Vergütung (1 050 EUR) und erstattet die Reisekosten. Die Praktikanten müssen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung selbst tragen.

Jeder erfolgreiche Bewerber verpflichtet sich, mindestens drei und höchstens 12 Monate an dem Programm teilzunehmen und wird im Zeitraum zwischen dem 1. Dezember 2006 und dem 31. Dezember 2007 entweder am Hauptsitz der EIB in Luxemburg oder in einem ihrer externen Büros tätig sein.

Weitere Informationen unter <http://www.eib.org/news/News.asp?news=167>. □



# Simon Brooks: neues Mitglied des Direktoriums der EIB



**Simon Brooks** wurde auf Vorschlag der britischen Regierung als Nachfolger von Peter Sedgwick zum Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank ernannt.

Simon Brooks, ehemaliger Direktor des Bereichs Macroeconomic Policy and International Finance im britischen Schatzamt (UK Treasury), gehört damit dem aus neun Mitgliedern bestehenden Direktorium der Bank an. Der Präsident und die acht Vizepräsidenten werden vom Rat der Gouverneure der EIB, der sich aus den 25 Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, bestellt.

Simon Brooks begann seine Laufbahn am National Institute of Economic and Social

Research in London. 1985 trat er als Wirtschaftsberater in das britische Schatzamt ein, wo er zunächst im Bereich der Analyse der wirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vereinigten Königreich tätig war und sich anschließend als Mitglied der Monetary Group mit der WWU, Maastricht und anderen währungspolitischen Fragen befasste. 1992 wurde er Leiter der Economic Analysis Group. Dort war er zuständig für die Analyse und die Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaft des Vereinigten Königreichs. In den Jahren 1994-1998 leitete er die Abteilung Regional and Country Analysis (Regional- und Länderanalyse). In dieser Position zählten neben wirtschaftlichen Bedingungen im überseeischen Raum und

der Globalisierung auch die internationale Ersparnis und Investitionstätigkeit sowie die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu seinen Zuständigkeitsbereichen.

Von 1998 bis 2000 hatte er die Leitung der Abteilung EU Finance inne, die sich mit den Finanzbeziehungen Großbritanniens zur EU und der Agenda 2000 befasste.

Seit dem Jahr 2000 war Simon Brooks im britischen Schatzamt verantwortlich für dessen makroökonomische Prognosen sowie die Ausarbeitung des steuer- und geldpolitischen Rahmens und eine Vielzahl weiterer gesamtwirtschaftlicher Fragen.

Simon Brooks besitzt ein Masters Degree der University of Oxford in Volkswirtschaft.

---

# Ernennung im Senior Management der EIB



**Bertrand de Mazières** ist zum neuen Direktor mit Generalvollmacht der Direktion für Finanzen ernannt worden.

Bertrand de Mazières hat die Nachfolge von René Karsenti als Direktor mit Generalvoll-

macht der Direktion für Finanzen der EIB angetreten.

Er begann seine Laufbahn 1982 im Schatzamt (Direction du Trésor), wo er insbesondere als Finanzattaché in den USA und in Kanada tätig

war. Anschließend leitete er als Chef du Bureau die für die Überwachung der Kreditinstitute und für die Bankenaufsicht zuständige Stelle (1988 bis 1993). Von 1993 bis 1996 war er als stellvertretender Direktor für Verschuldungs- und Entwicklungsfragen zuständig

und im gleichen Zeitraum auch Vizepräsident des Pariser Clubs. Nach Einrichtung der französischen Aufsichtsbehörde für den Kapitalmarkt – Conseil des Marchés Financiers (CMF) – im Oktober 1996 wurde er zu deren Generalsekretär ernannt.

Im Jahr 2003 wurde er Generaldirektor der Agence Finance Trésor (AFT), der für die Ver-

waltung der Staatsschuld und der Staatskasse der Französischen Republik zuständigen Finanzagentur. Diese Funktion übte er bis zur Aufnahme seiner Tätigkeit bei der Europäischen Investitionsbank aus, wo er im August 2006 zum Direktor mit Generalvollmacht der Direktion für Finanzen ernannt wurde.

Bertrand de Mazières ist Absolvent der für die Ausbildung hoher Beamter zuständigen ENA (Ecole Nationale d'Administration – Nationale Verwaltungsakademie) sowie der HEC (Ecole des Hautes Etudes Commerciales), einer führenden französischen Wirtschaftshochschule.

# EIB gewährt 400 Mio EUR für den Ausbau des Internationalen Flughafens Wien



Von Marc D'hooge  
Hauptabteilung Mitteleuropa

*Die EIB hat vor Kurzem ein Darlehen in Höhe von 400 Mio EUR für den Bau eines neuen Passagierterminals sowie die Verbesserung der luft- und der landseitigen Infrastruktur des internationalen Flughafens Wien gewährt. Der Finanzierungsbeitrag der EIB entspricht rund 47% der gesamten Projektkosten, die auf etwa 845 Mio EUR veranschlagt werden.*

*Die verbleibenden 53% werden aus dem Cashflow des Flughafenbetreibers und durch Außenfinanzierung – Bankkredite und/oder Emissionen bzw. Anleihen – gedeckt. ➔*

Die Finanzierung wird durch die Bereitstellung von Sicherheiten akzeptabler Banken verbessert. Die Finanzierungsstruktur wurde in enger Zusammenarbeit mit der RLB Niederösterreich-Wien ausgearbeitet, die mit der Funktion des „Lead Arrangers“ bzw. der „Agent Bank“ und des Platzierungs-garantiegebers beauftragt wurde. Durch ein innovatives Tendersverfahren stellte sie ein Bankenkonsortium zum günstigsten Preis zusammen. Weitere Platzierungsgarantien stellen die RZB, die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank und die RLB Steiermark. Die umfangreichsten Garantiezusagen aller am Konsortium beteiligten Banken gaben die WestLB und die Kommunalkredit Austria ab. Als besonderen zusätzlichen Nutzeffekt der Einschaltung der EIB schätzt der Flughafenbetreiber neben ihren attraktiven Finanzierungsbedingungen auch die Verfügbarkeit der langen, 25-jährigen Laufzeit der EIB-Finanzierung für dieses Projekt sehr hoch. Dem Flughafenbetreiber wurde volle Transparenz im Hinblick auf Preisgestaltung und finanziellen Zusatznutzen angeboten.

Die Kernkomponente dieses Projekts ist der Bau des „Skylink“, eines neuen Passagierterminals, der die jährliche Kapazität des Flughafens von derzeit 16 Millionen auf 25 Millionen Fluggäste erhöhen wird, um den bis zum Jahr 2015 erwarteten Anstieg des Verkehrsaufkommens zu bewältigen. Diese Kapazitätserweiterung wird die Überlastung verringern sowie die Servicequalität und den Komfort für die Fluggäste erhöhen. Der volkswirtschaftliche Nutzen ergibt sich vor allem aus der Zeitersparnis für die Fluggäste aufgrund des verbesserten Verkehrsflusses durch das Terminal und der

Vermeidung einer Verlagerung von Flugreisen auf andere Flughäfen. Darüber hinaus umfasst das Projekt die Modernisierung des bestehenden Flughafenbahnhofs, den Bau von zwei mehrstöckigen Parkhäusern, einen Kontrollturm sowie ein Gepäckabfertigungssystem.

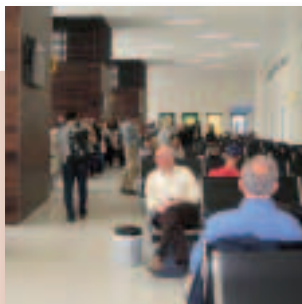
Der internationale Flughafen Wien spielt eine wichtige Rolle als Drehscheibe für sein Einzugsgebiet für Reisende aus Europa und der übrigen Welt. Darüber hinaus hat er sich in den letzten zehn Jahren zu einem zentralen Knotenpunkt für den Luftverkehr zwischen West-, Mittel- und Osteuropa entwickelt. Das Passagieraufkommen von nahezu 16 Millionen im Jahr 2005 lässt erwarten, dass 2010 erstmals 250 000 Flugbewegungen und 20 Millionen Fluggäste erreicht werden (dies entspräche einer jährlichen Wachstumsrate von 4,6%). Basierend auf den Zahlen für 2004 weist das Passagieraufkommen des Flughafens Wien gemessen an den Wachstumsraten der 25 wichtigsten europäischen Flughäfen derzeit die stärkste Zunahme auf. Um der erwarteten Zunahme gerecht zu werden, hat der Projektträger einen Masterplan für die zeitlich gestaffelte Erweiterung des Flughafens erstellt, der regelmäßig aktualisiert wird und der es ermöglicht, kostenintensive Investitionsprojekte Schritt für Schritt durchzuführen und dabei den laufenden Betrieb des Flughafens nur minimal zu stören. Zentrale Elemente des Plans sind der Bau eines neuen Terminals sowie mittelfristig einer dritten Rollbahn, mit deren Planung kürzlich begonnen wurde.

EIB-Vizepräsident Wolfgang Roth erklärte hierzu: „Es freut mich ganz besonders, dass

die EIB am Ausbau des internationalen Flughafens von Wien mitwirkt, der ein wichtiger Knotenpunkt für den Luftverkehr zwischen West-, Mittel- und Osteuropa ist. Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen in der erweiterten Union wird die Integration unseres Kontinents vertiefen, was positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger und die wirtschaftliche Entwicklung hat.“

Die Europäische Investitionsbank („EIB“), die Institution der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen, unterstützt Investitionsvorhaben, die zur europäischen Integration beitragen. In den vergangenen fünf Jahren hat sie in Österreich Darlehen von insgesamt mehr als 5 Mrd EUR bereitgestellt. Die Verbesserung von Infrastruktureinrichtungen – insbesondere Projekte im Verkehrssektor, die Teil der Transeuropäischen Korridore sind, aber auch der Ausbau und die Modernisierung wichtiger internationaler Flughäfen – ist eine der Finanzierungs-prioritäten der EIB. Vor Kurzem hat die Bank ein Darlehen von 120 Mio EUR für den Ausbau und die Instandsetzung der Westbahn, der wichtigsten Eisenbahnverbindung von Salzburg über Linz nach Wien, und ein weiteres Darlehen im Betrag von 350 Mio EUR für das PPP-Vorhaben Ostregion Autobahn genehmigt. Dieses Projekt betrifft die Planung, den Bau, die Finanzierung und den Betrieb des südlichen Abschnitts der Nordautobahn A5, des östlichen und des westlichen Abschnitts der Schnellstraße S1 (Wiener Außenring) und eines Abschnitts der Schnellstraße S2 (Wiener Nordrand). □

Die Kernkomponente des Projekts ist der Bau des „Skylink“, eines neuen Passagierterminals, durch den sich die jährliche Kapazität des Flughafens von derzeit 16 Millionen auf 25 Millionen Fluggäste erhöhen wird, was zur Bewältigung des bis 2015 erwarteten Anstiegs des Verkehrsaufkommens ausreichen wird.





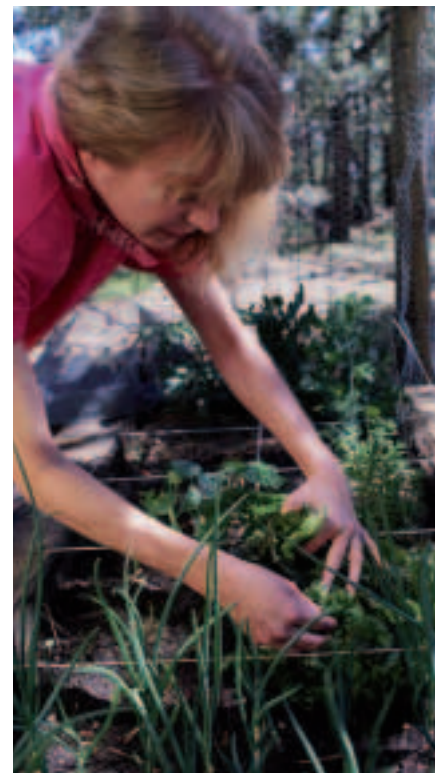
# Der EIF und der Mikrofinanzsektor

Von Delphine Munro  
Allgemeine  
Angelegenheiten

*Bei Mikrofinanzierungen handelt es sich um die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für wirtschaftlich aktive einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Personen, die keinen Zugang zum traditionellen Bankensystem haben und wirtschaftlich ausgegrenzt sind, werden Finanzmittel zur Verfügung gestellt, wodurch ein Kreislauf in Gang gesetzt werden kann, der den Weg zu finanzieller Sicherheit, Ersparnissen und Wachstum ebnet. Mikrofinanzierungen ermöglichen es kleinen Unternehmern, die durch die Ausübung verschiedener beruflicher Aktivitäten für ihren eigenen Unterhalt aufkommen möchten, ihre Armut zu verringern.*

*Mikrokredite und Mikrofinanzierungen haben das Leben vieler Menschen verändert und nicht nur in den ärmsten, sondern auch in den reichsten Ländern der Welt zur Wiederbelebung von Gesellschaftsgruppen beigetragen.*

*Mikrofinanzierungen sind keine karitativen Leistungen, sondern vielmehr ein Instrument, das einkommensschwachen Haushalten die Inanspruchnahme derselben Rechte und Dienstleistungen gewährleistet. Sie beruhen auf der Erkenntnis, dass einkommensschwache Bevölkerungsschichten nicht das Problem, sondern vielmehr die Lösung darstellen; gleichzeitig kommen sie auch Kleinstunternehmen (mit weniger als 10 Beschäftigten) zugute.*



In den vergangenen dreißig Jahren wurde der Mikrofinanzsektor von Entwicklungsagenturen, Stiftungen und NGO finanziert. In den letzten Jahren hat der Mikrofinanzsektor jedoch in zunehmendem Maße auch das Interesse privater Geldgeber geweckt, die profitabel arbeitenden Mikrofinanzinstituten (MFI) Mittel bereitstellen. Auf diese Weise können sich kommerzielle Investoren und Entwicklungsagenturen gegenseitig ergänzen.

Die Nachfrage nach Mikrokrediten ist auf drei wesentliche Entwicklungen zurückzuführen:

- Die zunehmende Bedeutung von Mikrofinanzierungen für kleine und Kleinstunternehmen: Die rückläufige industrielle Tätigkeit und das Wachstum im Bereich der Dienstleistungsindustrien und neuen Technologien führt dazu, dass sich die Zahl der kleinen und Kleinstunternehmen

weiter erhöhen wird; viele dieser Kleinstunternehmen, insbesondere die in der Gründungsphase, haben keinen Zugang zu Finanzierungsmitteln.

- Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung: Unternehmerische Selbständigkeit ermöglicht es, am Wirtschaftswachstum teilzuhaben und sich sozial zu integrieren.
- Die Rolle des informellen Sektors: Kleine ertragsbringende Tätigkeiten im informellen Sektor müssen in die Wirtschaft integriert werden, damit sie wachsen und zu den öffentlichen Einnahmen beitragen können.

## Europäischer Kontext

Der Mikrofinanzsektor hat sich in Mittel- und Osteuropa seit 1992 mit einem jährlichen Wachstum von 67% sehr schnell entwickelt. In Westeuropa - Vereinigtes Königreich und Frankreich ausgenommen -

hat seine Entwicklung dagegen erst in der jüngeren Vergangenheit eingesetzt.

Die Entwicklung des Mikrofinanzsektors steht mit der Lissabon-Strategie zur Förderung von Wachstum und sozialem Zusammenhalt in Einklang. Mikrofinanzierungen haben einen erheblichen Entwicklungseffekt, da sie Initiativen fördern und die Entwicklung kleiner Unternehmen unterstützen.

Darüber hinaus hat die Tatsache, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2005 zum „Internationalen Jahr des Mikrokredits“ erklärt haben, die Mikrofinanzierungen als Instrument für eine nachhaltige finanzielle Entwicklung stärker in den Vordergrund gerückt und gleichzeitig die Forderung aufkommen lassen, den Finanzsektor für alle zugänglich zu machen und den Unternehmern zu fördern, der weltweit zwar reichlich vorhanden ist, dessen Potenzial jedoch häufig nicht ausgeschöpft wird. ➔

## Der zusätzliche Nutzen des EIF

Der EIF beteiligt sich aktiv an sämtlichen Aktivitäten, die zur Stärkung des Profils des Mikrofinanzsektors in Europa beitragen. Die Aufgabe des EIF besteht darin, einige der Schwierigkeiten, mit denen Kleinstunternehmen konfrontiert werden, auszuräumen, indem er ihnen den Zugang zu Finanzierungsmitteln erleichtert. Dies gewährleistet eine umfassende finanzielle Einbeziehung und regt den Bankensektor dazu an, stärker im Segment der Kleinstunternehmen und in geografisch oder wirtschaftlich besonders benachteiligten Gebieten tätig zu werden. Der EIF ist der Akteur, der die Entwicklung des Mikrofinanzsektors in Europa am stärksten unterstützt, wobei er die nachstehenden Mechanismen einsetzt.

## Garantien für Mikrokredite

Der EIF hat sein Know-how im Mikrofinanzsektor aufgebaut, indem er zwischengeschalteten Finanzinstituten in sieben Ländern (Belgien, Frankreich, Deutschland, Irland, Norwegen, Spanien und Vereinigtes Königreich) im Rahmen der Mikrokredit-Fazilität des MAP<sup>(1)</sup> Portfoliogarantien bereitgestellt hat. Diese Garantiefazilität für Mikrokredite soll Banken und Finanzierungsinstitute dazu ermutigen, Kleinstunternehmen (mit weniger als 10 Mitarbeitern) Mikrofinanzierungen anzubieten.

Finanzierungsinstitute arbeiten mit NGO und anderen vor Ort tätigen Organisationen zusammen, um sehr kleinen Unternehmen eine angemessene, ihrer Entwicklung zuträgliche Beratung zukommen zu lassen.

Der EIF arbeitet mit folgenden Partnern zusammen: Adie (Frankreich), KfW (Deutschland), First Step (Irland), The Prince's Trust und The Enterprise Fund (Vereinigtes Königreich), Cultura Sparebank (Norwegen), Fonds de Participation (Belgien) und La Caixa (Spanien).

Im Rahmen der Mikrokredit-Fazilität des MAP konnten bis zum 31. März 2006 rund 26 000 KMU mehr als 27 000 Kredite in Anspruch nehmen. Der EIF ist mit ausstehenden Mikrokredit-Garantien im Gesamtvolumen von 127 Mio EUR der führende Garantgeber im europäischen Mikrofinanzsektor.

## Verbriefungen im Mikrofinanzsektor: Der Brückenschlag zu den Kapitalmärkten

Ende des Jahres 2005 und in 2006 hat der EIF die Verbriefung von Darlehen an Mikro-

finanzinstitute strukturiert und arrangiert und bei der ersten Verbriefung von Mikrokrediten in Europa als Garant fungiert. Diese beiden als Meilenstein geltenden Operationen betrafen Länder des westlichen Balkans und Südosteuropas. Es wird davon ausgegangen, dass diese Operationen die direkte Finanzierung von rund 25 000 Mikrokrediten im Gesamtbetrag von höchstens 120 Mio EUR ermöglichen werden.

Durch diese Asset-Backed-Finanzierungsoperationen sichern sich MFI langfristige Finanzierungsmittel, um ein weiteres Wachstum ihrer Mikrofinanzierungsaktivitäten gewährleisten zu können. Auch wenn es sich bei Mikrokrediten um kleine Geldbeträge (von durchschnittlich wenigen Tausend EUR) handelt, verfügen sie über ein hohes Potenzial, um in den Unternehmen Produktivitätszuwächse und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten.

Diese Operationen tragen zur Diversifizierung der Refinanzierungsquellen von MFI bei, deren Refinanzierung traditionell in hohem Maße durch Geldgeber und subventionierte Refinanzierungslinien von Entwicklungsbanken sichergestellt wurde.<sup>(2)</sup>

## JEREMIE

Die JEREMIE-Initiative ermöglicht es EU-Mitgliedstaaten und europäischen Regionen, einen Teil ihrer Strukturfondsmittel einzusetzen, um auf eine Palette von Finanzierungsprodukten zurückgreifen zu können, die speziell zur Unterstützung von kleinen und Kleinstunternehmen konzipiert wurden.

Das Ziel besteht darin, Start-ups und Kleinstunternehmen durch die Vergabe von Darlehen sowie durch Kapitalbeteiligungen, Risikokapitaloperationen und die Bereitstellung von Garantien zu unterstützen. Die im Rahmen der JEREMIE-Initiative vergebenen Mittel werden revolving Charakter haben.

Das Hauptaugenmerk wird dabei auf den mit Mikrokrediten verbundenen Beschäftigungseffekt gelegt. Eines der Instrumente ermöglicht es den Regionen und Mitglied-

staaten, den MFI zur Verbesserung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.

Der EIF unterstützt die Entwicklung des Mikrofinanzsektors in ganz Europa. Die Weiterentwicklung des Mikrofinanzsektors hängt dabei von drei Faktoren ab, und zwar: 1) von einer besseren Information und stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit; 2) von der Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln (es müssen Beteiligungen an Start-up-Unternehmen übernommen werden) und 3) von der Entwicklung des institutionellen Umfelds.

Der EIF beteiligt sich auch an Initiativen wie der Einführung eines Qualitätslabels für Beteiligungsfonds, die auf der Grundlage vereinbarter und veröffentlichter Kriterien in den Mikrofinanzbereich investieren. Im Juli 2006 wurde zu diesem Zweck in Luxemburg eine spezielle Agentur, die LuxFlag, eingerichtet. Das Label, das sowohl an luxemburgische als auch an ausländische Fonds vergeben werden kann, soll dazu beitragen, die Sichtbarkeit des Mikrofinanzsektors zu erhöhen. Es wird ferner die Verteilung der Mittel (und somit die Mittelaufnahme) erleichtern und kann sich positiv auf das Ansehen eines Fonds und seines Trägers auswirken.

Der EIF prüft derzeit einen Aktionsplan, der auf die Weiterentwicklung und Unterstützung des Mikrofinanzsektors in Europa abzielt.

Als einzige auf die Finanzierung von KMU und Kleinstunternehmen spezialisierte EU-Institution spielt der EIF bei der Entwicklung des Mikrofinanzsektors in der erweiterten Union und somit bei der Unterstützung zentraler Ziele der EU – wie Innovation, unternehmerische Initiative, Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen – eine entscheidende Rolle.

Das mittel- bis langfristige Ziel des EIF besteht darin, den Mikrofinanzsektor zu einem ausgewachsenen Segment des europäischen Finanzsektors zu entwickeln, das die traditionelleren Bereiche des Bankensektors ergänzt. □

<sup>1</sup> Der EIF verwaltet im Namen der Europäischen Kommission die Mittel des Mehrjahresprogramms für Unternehmen und unternehmerische Initiative 2001-2006 (MAP). Das MAP deckt drei Bereiche ab: Risikokapitalbeteiligungen an Seed- oder Frühphasenfonds, Zuschüsse, die die Einstellung zusätzlicher Fondsmanager durch Seedfonds unterstützen und Garantien zugunsten von KMU und Kleinstunternehmen. Die Europäische Kommission hat als Nachfolgeprogramm das sogenannte Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2007-2013 vorgeschlagen.

<sup>2</sup> Einen weiterführenden Einblick in die Finanzierungsmechanismen solcher Transaktionen geben die Ausführungen von Philipp Jung (Symbiotics) und Per-Erik Eriksson (EIF) mit dem Titel „Microfinance Loan Obligations – Structured Finance for Microfinance Investments“, die im nächsten von Kluwer Law International veröffentlichten „Yearbook on Securitisation“ erscheinen.

# Vorhaben in Spanien zur Erhaltung des kulturellen Erbes gewinnt Hauptpreis

Von Cees Post  
Hauptabteilung Kommunikation  
und Information



*Die Instandsetzung der „Vía de la Plata“, der einstigen „Silberstraße“ in der spanischen Region Extremadura, wurde von Europa Nostra, der gesamteuropäischen Denkmalschutzorganisation, im Sommer 2006 mit einem Hauptpreis für den Erhalt von Kulturlandschaften ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand in Anwesenheit von Königin Sofia von Spanien, der Schutzherrin der spanischen Vertretung von Europa Nostra, Hispania Nostra, statt. Die „Vía de la Plata“ ist eine alte Römerstraße, die lange Zeit als wichtigste Handelsroute und Verbindungsachse für militärische Zwecke zwischen der Mittelmeer- und der Atlantikküste auf der Iberischen Halbinsel genutzt wurde. Die Instandsetzung des Teils der „Vía de la Plata“, der durch Extremadura verläuft, wurde zum Teil durch Zuschussmittel in Höhe von 15 Mio EUR finanziert, die im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus (Europäischer Wirtschaftsraum – siehe unten) bereitgestellt wurden, der von der Europäischen Investitionsbank verwaltet wird.*

Die historische Silberstraße besteht seit römischen Zeiten. Sie wurde während der Einfälle der Germanen und der Mauren genutzt, spielte bei der *Reconquista* eine wesentliche Rolle und diente als Pilgerstraße nach Santiago de Compostela sowie dazu, das Vieh im Sommer auf die Weiden zu treiben. 1998 startete die Region Extremadura ein Programm zur Instandsetzung der alten Römerstraße und zur Schaffung von Fremdenverkehrsinfrastruktur, indem die Baudenkmäler – Profanbauten und religiöse Gebäude, Volkskunst, öffentliche Einrichtungen usw. – saniert wurden, um die Entwicklung der ländlichen Gebiete zu fördern, die unter der Abwanderung der Bevölkerung und der Knappheit der Rohstoffe leiden. Die alte Silberstraße wurde freigelegt, und 32 historische Denkmäler wurden instandgesetzt und für Besucher geöffnet oder als Beherbergungsbetriebe oder Informationszentren genutzt. Das ⇒



Projekt hatte sehr positive Auswirkungen, und die Anzahl der Besucher ist bereits erheblich gestiegen. Auch der direkte und indirekte Beschäftigungseffekt war beträchtlich. Die Ergebnisse waren sogar dermaßen positiv, dass jetzt ein Nachfolgeprojekt konzipiert wurde, für das ebenfalls Zuschussmittel beantragt wurden, um das umfangreiche kulturelle Erbe und das touristische Potential der „Vía de la Plata“ noch besser zu nutzen..

### Aktive Betreuung der Projekte, für die Zuschussmittel gewährt werden

Normalerweise beteiligt sich die EIB nicht unmittelbar an kleinen Instandsetzungsvorhaben wie etwa dem „Vía de la Plata“-Projekt. Wenn die Bank kleine Vorhaben zur Bewahrung des kulturellen Erbes finanziert, betraut sie in der Regel den fachlich versierten Projektträger mit der Projektplanung und -durchführung und beschränkt sich darauf, die erforderliche „Due Diligence“-Prüfung vorzunehmen. Da jedoch in diesem speziellen Fall Zuschussmittel Dritter zum Einsatz gelangten, hat die Direktion Projekte der EIB das Projekt ab der Planungsphase genau überwacht. Das „Vía de la Plata“-Projekt ist im übrigen nur eines von fast 50 Vorhaben, die insgesamt 250 kleine Einzelprojekte umfassen, für die Zuschuss-

mittel im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus bereitgestellt wurden und die intensiv von der EIB betreut wurden.

Die Zuschussmittel, die für diese Projekte verwendet wurden, stammten aus dem sogenannten Finanzierungsmechanismus, der im Zuge der Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraums im Jahr 1994 eingerichtet wurde. Im Rahmen des EWR konnten die damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone EFTA am EU-Binnenmarkt teilnehmen, ohne Vollmitglieder der EU werden zu müssen. Im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen richteten Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweden<sup>(1)</sup> diesen Zuschussmechanismus ein, der zum Ziel hatte, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den EWR-Regionen zu verringern. Im Rahmen des Finanzierungsmechanismus waren Zuschussmittel<sup>(2)</sup> in Höhe von 500 Mio EUR für Projekte in Griechenland, Irland, Nordirland, Portugal und in den zehn ärmsten Regionen Spaniens verfügbar. Darüber hinaus stellten die teilnehmenden EFTA-Länder Zinsvergütungen im Umfang von jährlich 2% für EIB-Darlehen im Gesamtbetrag von 1,5 Mrd EUR bereit, die für Projekte in den einkommensschwächsten Gebieten der EU gewährt wurden. Die im Rahmen des Finanzierungsmechanismus verfügbaren Mittel waren Ende 1998 völlig in Anspruch genommen.

Die EIB willigte ein, die Projekte, für die Zuschussmittel bereitgestellt wurden, zu prüfen und ihre Durchführung und Fertigstellung zu überwachen. Der überwiegende Teil dieser Vorhaben ist bereits abgeschlossen, während einige kurz vor der Fertigstellung stehen. Die Direktion Projekte der EIB wird jedoch auch nach der Inbetriebnahme dieser letzten Projekte für die Nachbetreuung und das Aufzeigen möglicher Probleme zuständig sein, wobei die entsprechenden Informationen an die EWR-Mitglieder weitergeleitet werden. Dies stellt eine erhebliche Verpflichtung für die EIB dar, jedoch wären ohne diese Bereitschaft Projekte wie das „Vía de la Plata“-Vorhaben oder die Instandsetzung griechischer Klöster, die Durchführung von Stadterneuerungsvorhaben in Portugal und viele andere Projekte wesentlich schwerer umzusetzen gewesen.

Bisher hat die EIB noch nie ein Portfolio von Projekten verwaltet, für die Zuschussmittel aus dem Finanzierungsmechanismus gewährt werden – und jetzt gehört sogar ein international ausgezeichnetes Vorhaben dazu! □

<sup>1</sup> Nach einer Volksabstimmung beschloss das EFTA-Mitglied Schweiz, nicht am EWR teilzunehmen.

<sup>2</sup> Als Österreich, Finnland und Schweden 1995 der Europäischen Union beitraten, übernahm die EU den auf die drei Länder entfallenden Anteil am Finanzierungsmechanismus in Höhe von 85%.



# Erster Corporate Responsibility-Bericht der EIB

Von Felismino Alcarpe  
Entwicklung der EIB-Gruppe



*Mit der Veröffentlichung des ersten Berichts über die unternehmerische Verantwortung der Bank (Corporate Responsibility-Bericht) richtet die EIB einen neuen Kommunikationskanal für den Dialog mit ihren Anspruchsgruppen ein. Dieser Bericht ermöglicht ein besseres Verständnis des Beitrags der Bank zur nachhaltigen Entwicklung. Er baut auf dem früheren EIB-Umweltbericht auf und bezieht darüber hinaus Elemente der Corporate Governance und andere die Transparenz und Integrität betreffende Entwicklungen sowie ethische und soziale Aspekte ein.*

**M**it der Veröffentlichung des ersten Berichts über die unternehmerische Verantwortung der Bank (Corporate Responsibility-Bericht) richtet die EIB einen neuen Kommunikationskanal für den Dialog mit ihren Anspruchsgruppen ein. Dieser Bericht ermöglicht ein besseres Verständnis des Beitrags der Bank zur nachhaltigen Entwicklung. Er baut auf dem früheren EIB-Umweltbericht auf und bezieht darüber hinaus Elemente der Corporate Governance und andere die Transparenz und Integrität betreffende Entwicklungen sowie ethische und soziale Aspekte ein.

Wenngleich viele der Informationen in diesem Bericht auch in anderen von der EIB veröffentlichten Unterlagen enthalten sind, so zielt der Bericht darauf ab, dem Leser einen

ausführlichen und umfassenden Überblick über die Tätigkeit der EIB im Kontext der Corporate Responsibility zu vermitteln.

Die Bank versteht Corporate Responsibility als eine Reihe „weniger greifbarer“ bzw. „nicht finanzieller“ Aspekte, die die Unternehmensführung und -kontrolle, die Ethik sowie die Umwelt- und Sozialverträglichkeit betreffen. Corporate Responsibility bedeutet für die Bank, dass im Hinblick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung besonderes Gewicht auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum, sozialer Wohlfahrt und Umweltschutz gelegt wird. Sie stellt institutionelle Nachhaltigkeit durch Wettbewerbsfähigkeit, den produktiven Einsatz von Ressourcen und eine angemessene Führungs- und Kontrollstruktur sicher. Die Einbeziehung des Finanz- und

des Unternehmenssektors sowie von Regierungsstellen, Mitarbeitern und der Zivilgesellschaft in die Zusammenarbeit für „unsere gemeinsame Zukunft“ ist ein wichtiger Aspekt für eine öffentliche Einrichtung wie die EIB.

Die EIB-Gruppe fördert Corporate Responsibility durch ihren Auftrag und ihre Tätigkeit im Dienst der Europäischen Union sowie durch ihr internes Management. Um der Öffentlichkeit im allgemeinen gerecht zu werden, geht die Bank mit ihren Maßnahmen freiwillig über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus und passt konsequent ihre Grundsätze, Standards und Verfahren an.

Die CSR-Politik der EIB-Gruppe stützt sich auf die Hauptsäulen ihrer Strategie: Zusatz-



nutzen, Transparenz und Verantwortung. Sie fällt in den Rahmen der Lissabon-Strategie und fügt sich in den breiteren Kontext der Maßnahmen ein, die von Institutionen und Unternehmen ergriffen werden, um sozialen, ökologischen und die nachhaltige Entwicklung betreffenden Aspekten Rechnung zu tragen. Derzeit arbeitet die Bank an der Ausarbeitung ausführlicher Leitlinien zu den unterschiedlichen Aspekten der Corporate Responsibility.

Als Finanzinstitution in einer modernen Volkswirtschaft weiß die Bank auch, welche erheblichen Auswirkungen möglicherweise mit ihren Finanzierungsentscheidungen verbunden sind und wie diese Entschei-

dungen die globalen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht, beeinflussen können.

Der Corporate Responsibility-Bericht soll veranschaulichen, wie die EIB bei ihren Finanzierungsoperationen und bei der Interaktion mit ihren Anspruchsgruppen freiwillig Belange der sozialen Verantwortung berücksichtigt. Er ist Teil eines fortlaufenden Prozesses der Entwicklung und Verbesserung der CR-Grundsätze der Bank und sollte daher als Teil eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses betrachtet werden. Im Rahmen dieses Prozesses muss sich die Bank mit einer Reihe schwieriger Aspekte wie den wichtigsten Ergebnisindikatoren,

dem Benchmarking und den Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen befassen.

Die EIB möchte ihre Anspruchsgruppen darüber informieren, was sie tut und wie sie ihre Tätigkeit ausübt. In Zukunft wird sie sich dabei auf die über ihre Strategien, ihre Grundsätze und ihre Verfahren bereitgestellten Informationen stützen. In dieser Hinsicht ist der Corporate Responsibility-Bericht Teil eines kontinuierlichen Prozesses der Selbstverpflichtung und Vertrauensbildung mit dem Ziel, den Erwartungen ihrer Stakeholder in diesem Bereich gerecht zu werden. □

# EPOS: e pluribus unum <sup>(1)</sup>

// Aktive Geduld“. So beschreibt der italienische Wirtschafts- und Finanzminister und Gouverneur der EIB, Tommaso Padoa-Schioppa, in einem kürzlich erschienenen Buch die Geisteshaltung, die Voraussetzung für die „Schaffung“ Europas ist. Nach einer mehr als zehnmonatigen Vorbereitungsphase konnten die EIB, Merrill Lynch und zwölf weitere Banken mit starker Präsenz in allen zwölf Ländern des Euroraums schließlich erfolgreich die erste EPOS-Anleihe (European Public Offering of Securities) am Markt platzieren.

EPOS ist eine neuartige Möglichkeit, den Anlegern in der Europäischen Union nach Maßgabe der sogenannten Prospektrichtlinie emittierte umfangreiche Anleihen der EIB mit einheitlicher Ausstattung anzubieten.

Die Richtlinie legt fest, welche Informationen ein Emittent den nationalen Regulierungsbehörden in der EU vorlegen muss („Prospekt“), um eine neue Anleihe unter deren Aufsicht im jeweiligen EU-Mitgliedstaat begeben zu können. Ferner bestimmt sie, dass ein Prospekt, der von der

zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates („Herkunftsmitgliedstaat“) gebilligt worden ist, auch in allen anderen Mitgliedstaaten (den „Aufnahmemitgliedstaaten“) für ein öffentliches Angebot oder für die Zulassung zum Handel gültig ist, ohne erneut gebilligt werden zu müssen („gegenseitige Anerkennung“).

Durch diesen Mechanismus wird es erheblich leichter, einen größeren Kreis von Anlegern, insbesondere Privatanleger, gleichzeitig zu erreichen. Er erleichtert auch die Produktinnovation, indem er historische Einschränkungen im Bereich der Fragmentierung des Marktes beseitigt.

Die EIB konnte dadurch insbesondere eine an die Inflationsrate des Euroraums gekoppelte strukturierte Anleihe von 1 Mrd EUR auf den Markt bringen und ein für diese Art von Produkt ungewöhnlich hohes Emissionsvolumen erreichen. Dies war nur durch den Verkauf der Wertpapiere in allen Ländern des Euroraums möglich.

Nach der Erstellung eines Anleiheprospekts (in Zusammenarbeit mit der luxemburgischen Bankenaufsichtsbehörde, der Commission de Surveillance du Secteur Financier), bei der das Verfahren des sogenannten „europäischen Passes“ zur Anwendung kam, wird nun die Notierung an den Börsen verschiedener Länder angestrebt, um eine höhere Preistransparenz für die Privatanleger der Länder, in denen die Anleihen verkauft wurden, zu gewährleisten.

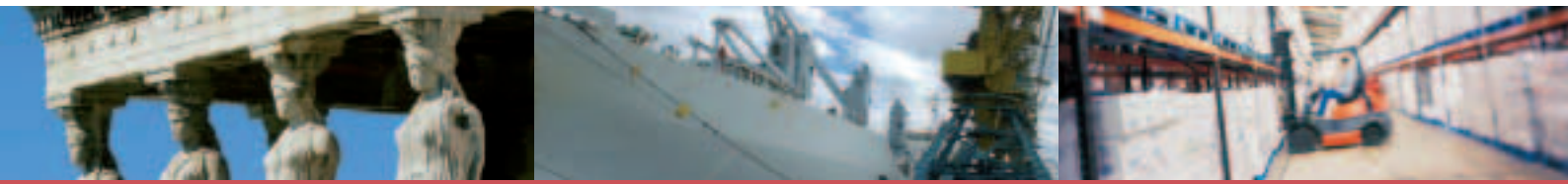
Neben der für die Bank günstigen Mittelaufnahme wird durch dieses Verfahren daher die Interoperabilität verschiedener Marktpraktiken und –infrastrukturen getestet. Der Euroraum ist nämlich jenseits aller Bestimmungen und Vorschriften immer noch durch eine starke Fragmentierung gekennzeichnet, insbesondere bei den unterschiedlichen Preisfestsetzungs- und Verwaltungsverfahren der Börsen, Clearing-Stellen und Abrechnungssysteme der einzelnen Länder. Dies verhindert nach wie vor die Einführung einer einheitlichen Emissionspraxis und die Entstehung eines für alle Anleger die gleichen Voraussetzungen bietenden Marktes.

Mit dieser Anleihe hat die EIB gezeigt, dass Fortschritte erzielt werden, die unmittelbar zum Prozess der Marktintegration beitragen und die Rolle der Bank als politisches Instrument der Europäischen Union, gerade auch im Bereich der Refinanzierung, bestätigen. Im Sinne eines anderen Europäers, Friedrich Schiller, lässt sich dies auch so ausdrücken: Um in die Realität einzudringen, müssen Ideen Energie werden. □

*Von Aldo M. Romani  
Direktionsberater  
Hauptabteilung  
Kapitalmärkte*

<sup>1</sup> **E pluribus unum** war einer der ersten Wahlsprüche [http://en.wikipedia.org/wiki/United\\_States](http://en.wikipedia.org/wiki/United_States) der USA. Dieses lateinische Motto lässt sich mit „Aus vielen ein Ganzes“ oder „Aus vielen Eines“ übersetzen. Es bezieht sich auf den Zusammenschluss der 13 unabhängigen Kolonien zu einem geeinten Land und hat angesichts der pluralistischen, auf der Immigration beruhenden Natur der amerikanischen Gesellschaft eine weitere Bedeutung erhalten..





# EIB-FORUM 2006

## Südosteuropa – eine Region im Aufbruch

*„Südosteuropa – eine Region im Aufbruch“ wird das Thema des EIB-Forums 2006 sein, das am 19. und 20. Oktober 2006 in Athen stattfinden wird.*



**S**üdosteuropa wird zwar häufig unterschiedlich definiert, jedoch wird sich das Forum mit den Mitgliedstaaten (Griechenland, Zypern), den beitretenden Staaten (Bulgarien, Rumänien) und den Beitritts- bzw. potenziellen Beitrittsländern (darunter die Türkei, Kroatien, die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro) beschäftigen. Die EIB ist in all diesen Ländern tätig und unterstreicht durch die besondere Bedeutung, die sie dieser Region beimisst, wie wichtig die erfolgreiche Integration Südosteuropas für die Erreichung der Ziele ist, die sich die Europäische Union selbst gesteckt hat.

Das EIB-Forum 2006 wird sich mit der Frage beschäftigen, wie die politische und wirt-

schaftliche Integration in der Region verstärkt werden kann, damit Stabilität, Wachstum, Demokratie und Wohlstand gewährleistet sind. Diskutiert werden auch die Möglichkeiten der EU, diesem Prozess neue Schwungkraft zu verleihen, sowie die Rolle führender Politiker und regionaler Unternehmen, die den Weg für die regionale Kooperation und die europäische Integration ebnen und dabei eine Vorreiterrolle übernehmen könnten. Da Handelsnetze und effiziente Infrastrukturnetze von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik der Region sind, werden die Referenten die Rolle des öffentlichen und des privaten Sektors bei der Unterstützung von Infrastruktureinrichtungen, der Förderung grenzüberschreitender Investitionen und der Entwicklung von Dienstleistungen einschließlich des Zugangs

öffentlicher und privater Unternehmen zu Finanzierungen eingehend erörtern.

Zu den hochrangigen Rednern zählen der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn, Mitglieder der griechischen Regierung und anderer Regierungen von Ländern der Region, bedeutende Wissenschaftler und führende Vertreter der europäischen Geschäfts- und Finanzwelt. Der griechische Premierminister Kostas Karamanlis ist gebeten worden, anlässlich des Abendessens eine Ansprache vor den Teilnehmern des Forums zu halten.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie auf der Website [www.eib.org/forum](http://www.eib.org/forum). Sie können Ihre Kommentare und Anfragen auch per E-Mail an folgende Adresse senden: [forum@eib.org](mailto:forum@eib.org).



## Donnerstag, 19. Oktober 2006

**13:00** **Gemeinsames Mittagessen**

**14:00** **Eröffnungssitzung**

Begrüßungsansprache: **Georgios Alogoskoufis**,  
Wirtschafts- und Finanzminister, Griechenland

Eröffnungsansprache: **Philippe Maystadt**, Präsident,  
Europäische Investitionsbank

### **SITZUNG I: Aussichten für die Region aus politischer Sicht**

Leitung: **Gerlando Genuardi**, Vizepräsident der EIB

- **Olli Rehn**, Erweiterungskommissar der EU
- **Ali Babacan**, Minister für Wirtschaft;  
EU-Verhandlungsführer, Türkei
- **Dora Bakoyanni**, Außenministerin, Griechenland

*Kaffeepause*

### **SITZUNG II: Aussichten für die Region aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht**

Podiumsdiskussion moderiert von **Quentin Peel**, Redakteur für  
internationale Angelegenheiten, *Financial Times*

- **Gerald Knaus**, Präsident, Europäische Stabilitätsinitiative ESI
- **Loukas Tsoukalis**, Präsident der Griechischen Stiftung für  
Europäische und Internationale Politik (ELIAMEP), Sonderber-  
ater von José Manuel Barroso
- **Laza Kekic**, Direktor für Länderprognosen,  
EIU (*Economist Intelligence Unit*)
- **Panagiotis Ioakeimidis**, Professor für Politikwissenschaften an  
der Schule der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften  
der Universität Athen, Experte für EU-Angelegenheiten

**18:30** **Sitzungsende – 1. Tag**

**20:00** **Abendessen**

Gastredner: **Kostas Karamanlis**, Ministerpräsident,  
Griechenland

## Freitag, 20. Oktober 2006

**09:30** **SITZUNG III: Regionale Integration**

Leitung: **Torsten Gersfelt**, Vizepräsident der EIB

- **George Souflias**, Minister für Umwelt, Städteplanung und  
staatliche Bauvorhaben, Griechenland
- **Mirosljub Labus**, ehemaliger serbischer Ministerpräsident
- **Michael Sarris**, Finanzminister, Zypern
- **Rumen Ovcharov**, Minister für Wirtschaft und Energie,  
Bulgarien
- **Mustafa Alper**, Generalsekretär des Verbandes des ausländi-  
schen Kapitals in der Türkei, YASED
- **Anastassios Kallitsantsis**, Mitglied des Verwaltungsrats,  
Federation of Greek Industries

*Kaffeepause*

### **SITZUNG IV: INVESTITIONEN IN DER REGION**

Leitung: **Ivan Pilip**, Vizepräsident der EIB

- **Sebastian Vladescu**, Finanzminister, Rumänien
- **Ioannis Pechlivanidis**, Vizepräsident und stellvertretender  
CEO, griechische Nationalbank
- **Giorgio Tellini**, CEO, SACE, Italien
- **D. Fernando Becker**, Direktor Corporate Resources, Iberdrola,  
Spanien
- **Thomas Hackett**, Direktor mit Generalvollmacht, Finanzie-  
rungen in Europa, EIB
- **Francis Carpenter**, CEO, Europäischer Investitionsfonds

**13:00** **Schlusswort:**

**Georgios Alogoskoufis**, Wirtschafts- und Finanzminister,  
Griechenland

**13:30** **Mittagessen**

Stand 4. Oktober 2006

Eine aktualisierte Fassung des Programms und weitere Informationen sind unter [www.eib.org/forum](http://www.eib.org/forum) abrufbar.

# FEMIP-Konferenz

„Die Finanzierung von Verkehrsnetzen: Bewältigung der mit der wirtschaftlichen Integration Europas und des Mittelmeerraums verbundenen Herausforderungen“



Fürstentum Monaco – 9. und 10. November 2006

Die Konferenz „Finance for transport networks: meeting the challenge of Euro-Mediterranean economic integration“ („Die Finanzierung von Verkehrsnetzen: Bewältigung der mit der wirtschaftlichen Integration Europas und des Mittelmeerraums verbundenen Herausforderungen“), die vom Fürstentum Monaco gemeinsam mit der EIB veranstaltet wird, wird die Möglichkeit für einen produktiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte im Zusammenhang mit Verkehrs- und Logistiknetzen im Mittelmeerraum bieten, wobei der Schwerpunkt auf der regionalen Integration liegen wird.

An der Konferenz wird ein ausgewählter Kreis hochrangiger Fachleute teilnehmen, die eine breite Palette unterschiedlicher Standpunkte und Interessensgebiete abdecken und aus allen 35 Ländern stammen, die sich zur Partnerschaft Europa-Mittelmeer zusammengeschlossen haben. Sie werden diese Punkte mit rund zwanzig maßgeblichen Rednern erörtern – darunter dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Barrot, und anderen bedeutenden Persönlichkeiten: politischen Entscheidungsträgern, Experten und Fachleuten aus der Praxis.

Aus Mitteln der FEMIP wurden bereits mehr als 5 Mrd EUR für Vorhaben im Be-

reich regionale Infrastruktur bereitgestellt, und es wurde dazu beigetragen, die Effizienz der Investitionen durch angemessene Projektauswahl und die Gewährung von technischer Hilfe zu verbessern. Da der Bau eines umfassenden Verkehrs- und Logistiknetzes in der Region umfangreiche Investitionen erfordern wird, ist es von grundlegender Bedeutung, eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Finanzierungsquellen zu machen, wobei hier auch private Geldgeber zu nennen wären.

Weitere Informationen sind auf den der Konferenz gewidmeten Seiten der EIB-Website abrufbar: [www.eib.org/femip](http://www.eib.org/femip). □

## Zusammenarbeit zwischen der EIB und der IUCN

Im Anschluss an die von der Weltnaturschutzunion (IUCN) vom 19.-21. September 2006 in Paris veranstaltete Konferenz zum Thema „Biodiversity in European Development Cooperation“ haben die IUCN und die EIB eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, auf deren Grundlage die beiden Einrichtungen zusammenarbeiten wollen, um bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben das Bewusstsein für die Natur zu stärken.

Die neue Kooperationsvereinbarung sieht die folgenden Aktivitäten vor:

- Konsultation und Beratung bei Fragen der biologischen Vielfalt, die sich im Rahmen von Investitionsvorhaben ergeben: Die Weltnaturschutzunion wird die EIB

bei Initiativen, grundsatzpolitischen Entscheidungen und Strategien, die sich auf die biologische Vielfalt auf der Erde auswirken, beraten.

- Aufbau von Kompetenzen: Die Weltnaturschutzunion wird die EIB bei der Durchführung interner Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die dem Personal der Bank die Beurteilung von Umweltauswirkungen sowie von Fragen der biologischen Vielfalt und Belangen des Naturschutzes ermöglichen sollen, und/oder

bei der Festlegung von Schutzmaßnahmen im Rahmen vorgeschlagener Projekte unterstützen.

- Überwachung: Die Weltnaturschutzunion wird die EIB auf ihren Wunsch hin bei der Prüfung der von der Bank in Betracht gezogenen Projekte sowie bei der Überwachung der im Rahmen finanzierter Projekte zu berücksichtigenden Aspekte der biologischen Vielfalt unterstützen.
- Austausch von Informationen: Pflege regelmäßiger Kontakte, um gemeinsame Initiativen zu entwickeln und Informationen auszutauschen, wodurch Aspekte der biologischen Vielfalt langfristig konsequent berücksichtigt werden sollen; ferner Unterstützung bei Studien und anderen Maßnahmen von gemeinsamem Interesse. □

<sup>1</sup> Die Weltnaturschutzunion (1948) ist die weltweit größte Naturschutzorganisation. Ihre Aufgabe besteht darin, weltweit die Gesellschaften zu beeinflussen und sie dazu anzuhalten bzw. dabei zu unterstützen, die Integrität und die Vielfalt der Natur zu wahren und eine ausgewogene und ökologisch nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sicherzustellen. Das laufende Programm der IUCN (2005-2008) zielt vorrangig darauf ab, bewusst zu machen, in welchem Maße Leben und generell die menschliche Existenz, insbesondere die der armen Bevölkerungsschichten, von einem nachhaltigen Management natürlicher Ressourcen abhängt (<http://www.iucn.org/en/about>).



**Europäische Investitionsbank**

100, boulevard Konrad Adenauer – L-2950 Luxembourg  
☎ (+352) 43 79 1 – ☎ (+352) 43 77 04  
www.eib.org – info@eib.org

**Außenbüros**

**Belgien**

Rue de la loi 227 / Wetstraat 227 – B-1040 Bruxelles / Brussel  
☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

**Deutschland**

Lennéstraße 11 – D-10785 Berlin  
☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

**Frankreich**

21, rue des Pyramides – F-75001 Paris  
☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

**Griechenland**

1, Herodou Attikou & Vas. Sofias Avenue – GR-106 74 Athens  
☎ (+30) 210 68 24 517 – ☎ (+30) 210 68 24 520

**Italien**

Via Sardegna 38 – I-00187 Roma  
☎ (+39) 06 47 19 1 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

**Österreich**

Parkring 10 – A-1010 Wien  
☎ (+43-1) 516 33 31 95 – ☎ (+43-1) 516 33 30 49

**Polen**

Warsaw Financial Centre, 11th floor  
ul. Emili Plater 53 – PL-00-113 Warszawa  
☎ (+48-22) 528 68 83 – ☎ (+48-22) 528 68 65

**Portugal**

Avenida da Liberdade, 190-4º, A – P-1250-147 Lisboa  
☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

**Spanien**

Calle José Ortega y Gasset, 29, 5º – E-28006 Madrid  
☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

**Vereinigtes Königreich**

2 Royal Exchange Buildings – London EC3V 3LF  
☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

**Ägypten**

6, Boulos Hanna Street – Dokki, 12311 Giza  
☎ (+20-2) 336 65 83 – ☎ (+20-2) 336 65 84

**Kenia**

Africa Re Centre, 5th floor - Hospital Road,  
PO Box 40193, KE-00100 Nairobi  
☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

**Marokko**

Riad Business Centre, Immeuble S3,  
Aile sud, 4º étage - Boulevard Er-Riad, Rabat  
☎ (+212) 37 56 54 60 – ☎ (212) 37 56 53 93

**Senegal**

3, rue du Docteur Roux - BP 6935, Dakar-Plateau  
☎ (+221) 889 43 00 – ☎ (+221) 842 97 12

**Südafrika**

5, Greenpark Estates - 27 George Storrar Drive –  
Groenkloof 0181 Tshwane (Pretoria)  
☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

**Tunesien**

70, avenue Mohamed V – TN-1002 Tunis  
☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

**Europäischer Investitionsfonds**

43, avenue J.F. Kennedy – L-2968 Luxembourg  
☎ (+352) 42 66 88 1 – ☎ (+352) 42 66 88 200  
www.eif.org – info@eif.org

Änderungen im Adressverzeichnis sowie Informationen über die eventuelle  
Eröffnung weiterer Außenbüros nach Veröffentlichung dieser Broschüre sind  
sind der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-06-124-DE-C  
©EIB - 09/2006 - DE

# Neue Veröffentlichungen der EIB

## Juni 2006

- Capital Market Activities in the Mediterranean Countries
- Modernisation of procurement procedures in the Mediterranean region
- How to face the energy challenge in the Mediterranean
- Study on remittances sent by Mediterranean migrants from Europe
- Partnership with the Euro-Mediterranean "FEMISE" university network
- FEMIP financing operations in Tunisia

## Juli 2006

- Berichte des Prüfungsausschusses über das Geschäftsjahr 2005
- Corporate Responsibility-Bericht 2005 der EIB
- Verhaltenskodex für die Mitglieder des Direktoriums der EIB

## September 2006

- Verhaltenskodex für das Personal der Bank
- Jahresbericht 2005 des COPEC
- Die Europäische Investitionsbank und der Wasser- und Abwassersektor
- EIB-Finanzierungen im Gesundheits- und im Bildungssektor

## Oktober 2006

- Finanzierungen von KMU in der Europäischen Union
- EIB-Finanzierungen für Transeuropäische Netze
- Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank in Griechenland
- Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank in Bulgarien
- Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank in der Türkei
- Die EIB-Gruppe: Was ist das?
- Bericht über die wirtschaftliche Lage in den Partnerländern - 2005

Alle Broschüren können unter [www.eib.org/publications](http://www.eib.org/publications) abgerufen werden.

